

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Grüner Deal

Entwurf für Klimagesetz vorgestellt

Seite 3

IM FOKUS

Treffen mit Erdoğan

EU steht zu Flüchtlingspakt

Seite 5

Industriestrategie

Maßnahmenpaket für ein
grünes und digitales Europa

Seite 6

100-TAGE-BILANZ

Eine Europäische Union, die mehr erreichen will

In den ersten 100 Tagen seit Amtsantritt hat sich die Kommission unter Ursula von der Leyen umgehend an die Umsetzung ihrer wichtigsten Prioritäten gemacht. Gleichzeitig muss sie sich in Krisen wie der Ausbreitung des Coronavirus und der angespannten Lage an der türkisch-griechischen Grenze bewähren. „Wir werden jeden Tag hart arbeiten, um den künftigen Generationen in Europa eine gute Zukunft zu ermöglichen“, erklärte die Präsidentin.

Mit Blick auf die aktuellen Krisen forderte von der Leyen die Mitgliedstaaten dazu auf, sich rasch auf den nächsten langfristigen EU-Haushalt zu einigen. Der aktuelle Finanzrahmen läuft Ende 2020 aus. Ohne einen neuen Finanzrahmen „fehlt der EU die Flexibilität zum Handeln in Krisen, wie wir sie jetzt sehen“.

Die Bilanz



© Shutterstock

Die EU finanziert die Entwicklung von Impfstoffen, neuen Behandlungsmethoden und Diagnosetests für das Coronavirus.

CORONA-PANDEMIE

Von der Leyen sagt Italien volle Unterstützung der EU zu

In der Coronavirus-Krise hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Italien die volle Solidarität der Europäischen Union zugesichert. „Jetzt sind wir alle Italiener“, sagte die Präsidentin in einer Videobotschaft in italienischer Sprache an das italienische Volk und fügte hinzu: „Sie sind nicht allein.“ Von der Leyen kündigte darüber hinaus koordinierte Schritte zur Unterstützung der europäischen Gesundheitssysteme und der Wirtschaft an.

> Von den EU-Mitgliedstaaten ist Italien bisher am stärksten von der Infektionswelle betroffen. Italiens Ministerpräsident Giuseppe Conte ordnete an, in dem Land alle Einrichtungen, Bars und Restaurants bis auf Lebensmittelgeschäfte und Apotheken zu schließen, um die Verbreitung des Virus einzudämmen.

In ganz Europa steigt die Zahl der Infizierten stark an. „Die Krise, in der wir uns aufgrund des Coronavirus befinden, hat sowohl eine erhebliche menschliche Dimension als auch potenzielle gravierende Folgen für die Wirtschaft. Daher müssen wir entschieden und gemeinsam handeln, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen und Patienten zu

helfen und gleichzeitig die wirtschaftlichen Schäden zu begrenzen“, erklärte von der Leyen.

Die Einreisebeschränkungen der USA für EU-Bürger kritisierte von der Leyen: „Das Coronavirus ist eine globale Krise, nicht auf einen Kontinent begrenzt und erfordert vielmehr Zusammenarbeit als einseitige Maßnahmen“, erklärte sie gemeinsam mit Ratspräsident Charles Michel. Die EU ergreife starke Maßnahmen zur Eindämmung des Virus und missbillige die Tatsache, dass die Entscheidung der USA einseitig ohne Konsultation getroffen wurde. In einem Videotelefonat mit Ministerpräsident Conte äußerte die Präsidentin ihre Anerkennung für die Anstrengungen der italienischen Regierung. >>

“ Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, um sicherzustellen, dass die europäische Wirtschaft den Turbulenzen trotzen kann. ”

Ursula von der Leyen,
EU-Kommissionspräsidentin

>> Conte begrüßte die Zusagen der Präsidentin, sofort mit geeigneten Maßnahmen und ohne weiteres Zuzahlen tätig zu werden.

Die EU-Kommission hatte unmittelbar nach Bekanntwerden der ersten Infektionsfälle das Katastrophenschutzverfahren aktiviert, um Italien mit Schutzausrüstung und Beatmungsgeräten zu unterstützen. Das Verfahren ist auf Beiträge der Mitgliedstaaten angewiesen. Auch war EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides neben Experten des Europäischen Zentrums für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und der Weltgesundheitsorganisation WHO unmittelbar nach Italien gereist, um vor Ort über die Lage zu beraten. Die WHO stuft die Infektionswelle inzwischen als Pandemie ein.

Hilfen für die Wirtschaft

Die Staats- und Regierungschefs der EU hatten die Kommission in einer Videokonferenz gebeten, gemeinsame Schritte zur Stützung der Wirtschaft vorzubereiten. Zudem wurde vereinbart, dass sich die Gesundheitsminister der EU regelmäßig in einer Videoschleife über weitere Maßnahmen austauschen. Die Gesundheitspolitik liegt in der Verantwortung der EU-Staaten. Zur Erforschung von Impfstoffen, Diagnose- und Behandlungsmöglichkeiten hatte die Kommission bereits

140 Mio. Euro an öffentlichen und privaten Mitteln mobilisiert. Darüber hinaus werden die Bestände der verfügbaren Schutzausrüstungen und Beatmungsgeräte sowie deren Produktions- und Vertriebskapazität europaweit analysiert. Die Kommission startete eine gemeinsame Beschaffung für Mitgliedstaaten, in denen es zu Knappheiten kommt. EU-Industriekommissar Thierry Breton sprach mit Vertretern der Hersteller von persönlicher Schutzausrüstung, die ihre Produktion steigern wollen.

Die Kommission schlägt den Mitgliedstaaten koordinierte Schritte zur Unterstützung der europäischen Wirtschaft vor. „Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, um sicherzustellen, dass die europäische Wirtschaft den Turbulenzen trotzen kann“, sagte von der Leyen. Sie will ein Investitionsprogramm anschieben, das finanzielle Mittel von 25 Mrd. Euro mobilisieren kann. Zudem wird eine höhere Flexibilität bei den Schulden- und Beihilferregeln erwogen. Die EU-Kommission werde die Flexibilität, die der Stabilitäts- und Wachstumspakt bietet, „in vollem Umfang nutzen“, erklärte die Präsidentin. Weitere Vorschläge wollte die Kommission auf einem Treffen der Eurogruppe präsentieren.

Auch die Luftfahrtindustrie wird von der Kommission entlastet. So werden für Fluglinien die Vorgaben für Zeitnischen (Slots) bei Starts- und Landungen auf europäischen Flughäfen gelockert, damit sie Leerflüge vermeiden können. (pr) >|

■ Die Erklärung der Präsidentin



Anfang März hat sich Kommissionspräsidentin von der Leyen im Europäischen Koordinierungszentrum für Notfallmaßnahmen ein Bild von der Lage gemacht.

KLIMANEUTRALITÄT BIS 2050

Kommission legt Klimagesetz vor



Die EU-Kommission hat ihren Vorschlag für ein Klimagesetz vorgestellt. Damit soll das Ziel, Europa bis zum Jahr 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen, rechtlich verankert werden. „Das Klimagesetz ist das Herzstück des Grünen Deals der EU. Es bietet Planungssicherheit und Transparenz für Industrie und Investoren in Europa, und es gibt die Richtung für unsere grüne Wachstumsstrategie vor und gewährleistet, dass der Übergang schrittweise erfolgt und fair ist“, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Im Einzelnen sieht die Gesetzesinitiative unter anderem eine umfassende Folgenabschätzung vor, auf deren Grundlage die Kommission ein Ziel zur Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2030 vorlegen wird. Das entsprechende Klimaziel wird bis Juni 2021 folgen. Zudem soll ein Zielpfad für die Erreichung der Klimaneutralität zwischen 2030 und 2050 festgelegt werden. Bis September 2023 wird überprüft, ob die eingeleiteten Maßnahmen geeignet sind, dieses Ziel zu erreichen. Der Klimacheck soll danach regelmäßig alle fünf Jahre erfolgen. Verfehlen Mitgliedstaaten die Klimaziele müssen sie dies gegenüber der Kommission begründen. Zur Debatte über das Gesetz war auch die schwedische Klimaschutzaktivistin Greta Thunberg nach Brüssel gekommen.

Das Klimagesetz

GLEICHSTELLUNG ZWISCHEN FRAU UND MANN

Kommission stellt weitere Maßnahmen vor

Die EU-Kommission hat in ihrer Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter konkrete Schritte vorgestellt, um die Chancengleichheit für alle zu verwirklichen. „Die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern ist zwar ein wesentlicher Grundsatz der Europäischen Union, sie ist aber noch lange nicht verwirklicht“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. In ihrer Strategie legt die Kommission zentrale Maßnahmen zur Gleichstellung von Frau und Mann für die kommenden fünf Jahre fest. Noch in diesem Jahr soll ein Vorschlag für eine Richtlinie zur Einkommenstransparenz mit rechtlich bindenden Maßnahmen erfolgen.

Die Initiative umfasst darüber hinaus einen Aktionsplan zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Diskriminierung, eine ausgewogenere Vertretung von Frauen und Männern in Gesellschaftergremien sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

Die Gleichstellungsstrategie

EU-ERWEITERUNG

Fortschritte in Albanien und Nordmazedonien

Die EU-Kommission hat Albanien und Nordmazedonien weitere Fortschritte bei ihren Reformen zur Rechtsstaatlichkeit bescheinigt. „Die Kommission hält an ihren Empfehlungen fest, Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien aufzunehmen, und ich hoffe, dass die Mitgliedstaaten in den kommenden Wochen eine positive Entscheidung treffen“, sagte Olivér Várhelyi, EU-Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung.

Die EU-Kommission hatte im Februar einen Vorschlag für eine neue Struktur der Erweiterungsverhandlungen vorgelegt, um den Prozess mit stärkerer politischer Steuerung und mehr Glaubwürdigkeit, Berechenbarkeit und Dynamik zu gestalten. Ein Beschluss über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit den beiden Ländern könnte auf dem Gipfeltreffen zwischen der EU und den Staaten des westlichen Balkans im Mai in Zagreb erfolgen.

Der Fortschrittsbericht

ANTRITTSBESUCH IN BERLIN

EU-Kommissar Reynders bekräftigt Kritik an Justizreform in Polen

EU-Justiz- und Verbraucherkommissar Didier Reynders hat die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit in der EU bekräftigt. „Ich bin ernsthaft besorgt über das neue Gesetz über das Justizwesen in Polen. Als Justizkommissar kann ich Ihnen versichern, dass die Kommission ihrer Verantwortung als Hüterin der Verträge nachkommen und alle notwendigen Maßnahmen ergreifen wird, um die Einhaltung des EU-Rechts zu gewährleisten. Parallel dazu bin ich weiterhin bereit, einen konstruktiven Dialog mit den polnischen Behörden zu führen“, sagte Reynders in Berlin.

Reynders ist in der neuen Kommission unter Führung von Ursula von der Leyen federführend zuständig für die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit. Bei seinem Antrittsbesuch in Deutschland traf der Justizkommissar unter anderen mit Bundesjustizministerin Christine Lambrecht, dem Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Michael Roth, und Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble zusammen.

Reynders in Berlin

SCHWERPUNKTE KLIMAWANDEL UND DIGITALISIERUNG

Europa strebt neue Partnerschaft mit Afrika an

Die EU-Kommission und der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, haben die Grundsätze einer neuen Strategie mit Afrika vorgelegt. Die EU will weg von der klassischen Entwicklungshilfe und strebt eine strategische Partnerschaft mit den Ländern des Nachbarkontinents an.



Credit © European Union, 2019

Ihre erste Reise außerhalb der EU führte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach Addis Abeba, wo sie unter anderem den Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union, Moussa Faki Mahamat, traf.

> Darauf aufbauend wird die Kommission Gespräche mit afrikanischen Partnern führen, um auf dem Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und der Afrikanischen Union im Oktober 2020 in Brüssel eine gemeinsame Strategie zu verabschieden. „Um unsere gemeinsamen Herausforderungen zu bewältigen, brauchen wir ein starkes Afrika und Afrika braucht ein starkes Europa“, sagte Josep Borrell.

Die Beziehungen der EU zu den afrikanischen Staaten sind eine Priorität der neuen EU-Kommission. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte dies unterstrichen, indem ihre erste Auslandsreise kurz nach Amtsantritt im vergangenen Dezember nach Addis Abeba führte, dem Sitz der Afrikanischen Union. Die Präsidentin strebt nach eigenen Worten eine „Partnerschaft auf Augenhöhe“ an. „Afrika ist ein natürlicher Partner und Nachbar der Europäischen Union. Gemeinsam können wir eine Zukunft mit mehr Wohlstand, Frieden und Nachhaltigkeit für alle aufbauen“, erklärte von der Leyen.

Fünf Schlüsselbereiche

Nach den Vorschlägen der Kommission sollte die neue Partnerschaft mit Afrika fünf Schlüsselbereiche umfassen:

> **Klimaschutz:** Ausgehend von den Zielen des Pariser Klimaabkommens sollte eine grüne Wende in Afrika gefördert werden. So könnte der Konti-

nent auch umweltfreundliche Energie nach Europa liefern, etwa aus Solarkraft oder Windenergie.

> **Digitaler Wandel:** Mit Investitionen in die Telekommunikationsinfrastruktur soll die Digitalisierung auf dem afrikanischen Kontinent vorangetrieben und so für mehr Wohlstand gesorgt werden.

> **Frieden und gutes Regieren:** Dies betrifft die Anpassung und Vertiefung der EU-Unterstützung für die afrikanischen Friedensbemühungen durch eine stärker strukturierte und strategische Form der Zusammenarbeit mit Schwerpunkt auf den besonders bedürftigen Regionen.

> **Migration und Mobilität:** So hat die EU seit dem Jahr 2016 aus dem Treuhandfonds für Afrika knapp 4,5 Milliarden Euro unter anderem zur Bekämpfung des Menschenhandels, zur Konfliktprävention und zur Förderung wirtschaftlicher Möglichkeiten vor Ort zur Verfügung gestellt.

> **Nachhaltiges Wachstum:** Mit einer Erhöhung ihrer ökologischen, sozialen und finanziell nachhaltigen Investitionen will die EU für mehr Wachstum und Beschäftigung in Afrika sorgen. Derzeit belaufen sich die Direktinvestitionen der EU-Mitgliedstaaten in Afrika auf 222 Milliarden Euro pro Jahr, die der USA auf 42 Milliarden Euro und die Chinas auf jährlich 38 Milliarden Euro.

„Die Strategie mit Afrika ist der Fahrplan, um Fortschritte zu erzielen und unsere Partnerschaft auf die nächste Ebene zu bringen“, betonte von der Leyen. Jutta Urpilainen, EU-Kommissarin für internationale Partnerschaften, fügte hinzu: „Mit den vorgeschlagenen fünf Partnerschaften, die sich an unseren gemeinsamen Interessen und Werten ausrichten, werden Afrika und Europa gemeinsam eine Führungsrolle beim ökologischen und digitalen Wandel übernehmen und nachhaltige Investitionen und Arbeitsplätze fördern. Meine oberste Priorität ist es jetzt, dafür zu sorgen, dass die Strategie mit Afrika von den jungen Menschen und von den Frauen mitgetragen wird, deren Erwartungen sie entsprechen soll.“

Die neue Afrika-Strategie soll unter deutscher Ratspräsidentschaft beim Gipfeltreffen zwischen EU und Afrikanischer Union im Oktober in Brüssel verabschiedet werden. (pr) >|

■ *EU-Afrika-Strategie*

EU ist Afrikas größter Wirtschaftspartner

Die EU ist Afrikas größter Handels- und Investitionspartner und mit einem Beitrag von 72,5 Mio. Euro bis Ende 2020 auch wichtigster Unterstützer der Afrikanischen kontinentalen Freihandelszone. 2018 erreichte der Handel zwischen den 27 EU-Staaten und Afrika einen Wert von 235 Mrd. Euro. Das entspricht 32 Prozent des gesamten Handelsvolumens von Afrika.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind größter Geber öffentlicher Entwicklungshilfe für Afrika. Sie stellten zusammen im Jahr 2018 rund 19,6 Mrd. Euro bereit – das sind 46 Prozent der Gesamtmitel, die Afrika erhalten hat.

TREFFEN MIT PRÄSIDENT ERDOĞAN

Europäische Union steht zu Flüchtlingspakt

Die Europäische Union hat die gemeinsame Erklärung mit der Türkei aus dem Jahr 2016 bekräftigt. Dafür verlangt die EU von der Türkei aber ein Ende der gesteuerten Migrationsbewegungen an der griechisch-türkischen Grenze. Die Übereinkunft bleibe „gültig“, erklärte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach einem gemeinsamen Treffen mit EU-Ratspräsident Charles Michel und dem türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan in Brüssel. Es gehe nun darum, die „fehlenden Teile“ umzusetzen. Von der Leyen sprach von einem „konstruktiven“ Dialog als „Vorbereitung für jegliche Lösung der derzeitigen Lage an der griechisch-türkischen Grenze“.

> Die Türkei hatte zuvor die gemeinsame Grenze zur EU für offen erklärt. Von der Leyen war daraufhin mit weiteren EU-Spitzen unmittelbar nach Griechenland gereist und hatte dem Land die volle Unterstützung der EU bei der Bewältigung der Situation an seiner Außengrenze zur Türkei zugesagt. „Die Sorgen Griechenlands sind unsere Sorgen“, erklärte die Präsidentin. Griechenland beschütze die gemeinsame Außengrenzen und habe dafür die volle Unterstützung der EU. Wer versuche, die Einheit Europas zu testen, werde enttäuscht sein. „Die Türkei ist nicht unser Gegner, aber die Menschen dürfen nicht einfach ein Mittel sein, um ein Ziel zu erreichen“, bekräftigte die Präsidentin und fuhr fort: „Ich möchte auch mein Mitgefühl mit den Migranten ausdrücken, die durch

falsche Versprechungen in diese verzweifelte Lage gelockt wurden.“

Kommission unterstützt Griechenland

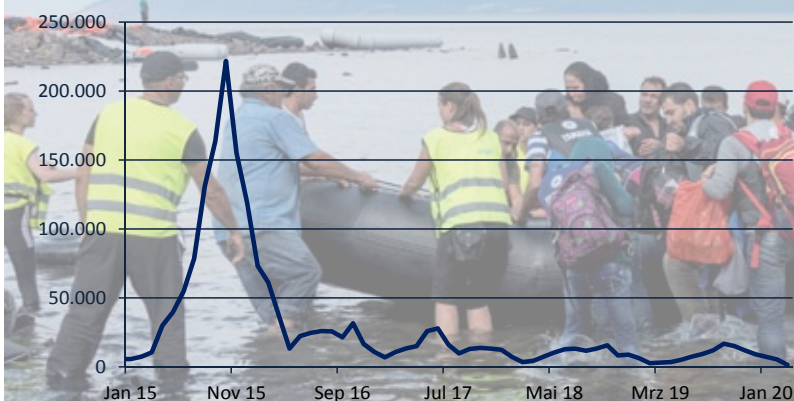
Von der Leyen kündigte zudem eine weitere finanzielle Unterstützung von 700 Mio. Euro für Griechenland zur Bewältigung der aktuellen Situation an der Außengrenze an. Davon sind 350 Mio. Euro sofort verfügbar. Auch der EU-Katastrophenschutzmechanismus sei auf Bitten Griechenlands aktiviert worden. Über diesen Weg können EU-Staaten Unterkünfte, Zelte, medizinische Teams und Ausrüstung nach Griechenland schicken. Die Kommission werde jede notwendige operative Unterstützung für die griechischen Behörden mobilisieren, so die Präsidentin. „Die griechischen Behörden stehen vor einer sehr schwierigen Aufgabe“, sagte von der Leyen. Gleichzeitig müssten die Gesetze und fundamentale Rechte gewahrt werden.

Die EU-Staaten begrüßten das Vorgehen der EU-Kommission. Innenkommissarin Ylva Johansson fuhr auf Bitten von Präsidentin von der Leyen nach Griechenland, um eine Lösung für unbegleitete minderjährige Migranten vorzubereiten. Einzelne EU-Staaten, darunter Deutschland, sagten ihre Bereitschaft für die Aufnahme von 1500 Minderjährigen aus griechischen Flüchtlingsunterkünften zu. (pr) >|

■ EU-Hilfen für Griechenland

Die Flüchtlingssituation im Mittelmeerraum

Entwicklung der monatlichen Land- und Seeankünfte von Januar 2015 bis März 2020



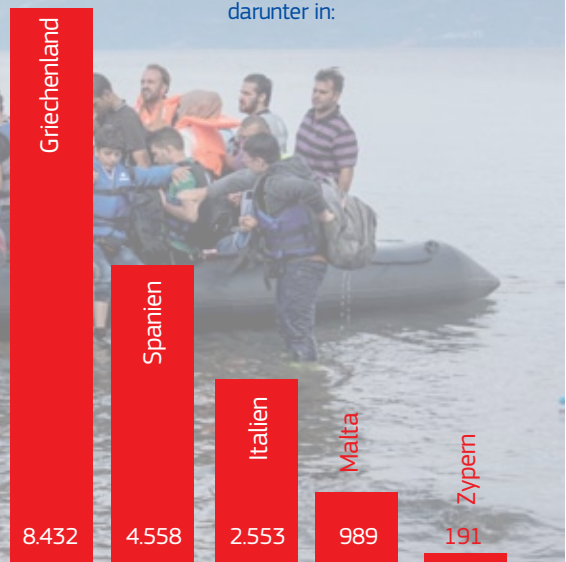
Von den Seeankünften im Januar 2020 waren:

25,1%
Kinder

16,2%
Frauen

58,7%
Männer

Die Zahl der Seeankünfte betrug vom Beginn des Jahres bis zum März 2020 insgesamt 13.977, darunter in:



Quelle: UNHCR

Foto: Malcolm P Chapman / Shutterstock.com

WIRTSCHAFT DER ZUKUNFT

EU-Kommission stellt neue Industriestrategie für ein grünes und digitales Europa vor

Die EU-Kommission hat ihre neue Industriestrategie präsentiert. Das Paket soll Europas Unternehmen und Beschäftigte unterstützen, um sich beim doppelten Übergang zu Klimaneutralität und Digitalisierung weltweit ökonomisch an die Spitze zu setzen.



Die neue Industriestrategie sieht unter anderem vor, die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU voranzutreiben.

> „Die Bewältigung des ökologischen und digitalen Wandels sowie die Vermeidung externer Abhängigkeiten in einem neuen geopolitischen Kontext erfordern radikale Veränderungen – und diese müssen jetzt in Angriff genommen werden“, sagte der für den Binnenmarkt zuständige EU-Kommissar Thierry Breton.

Die jetzt vorgestellte Strategie zielt darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit der EU und ihre strategische Autonomie in einer Zeit voranzutreiben, in der sich die geopolitische Landschaft verändert und der weltweite Wettbewerb in einer globalisierten und digitalisierten Wirtschaft zunimmt. „Europa hat die stärkste Industrie weltweit. Unsere großen und kleinen Unternehmen sichern Arbeitsplätze, Wohlstand und strategische Autonomie“, erklärte Breton.

Im Einzelnen geht es im dem vorgelegten Maßnahmenpaket um vier zentrale Elemente:

> **Eine neue Industriestrategie.** Sie soll drei Prioritäten verwirklichen: die Erhaltung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie sowie gleicher Wettbewerbsbedingungen in der EU und weltweit, ein klimaneutrales Europa bis 2050 und die Gestaltung der digitalen Zukunft Europas. Das umfasst unter anderem Maßnahmen zur Modernisierung und Dekarbonisierung energieintensiver Industrien und eine Allianz für sauberen Wasserstoff. Zudem will die Kommission die strategische Autonomie Europas

stärken, dazu gehört die Sicherung der Versorgung mit Rohstoffen mithilfe eines Aktionsplans für kritische Rohstoffe und Arzneimittel.

- > **Eine fortlaufende Überprüfung der Wettbewerbsregeln:** So sollen die geltenden Bestimmungen der Fusionskontrolle sowie die Leitlinien für staatliche Beihilfen analysiert werden. Ferner wird die Kommission im Sommer ein Weißbuch vorlegen, das sich unter anderem mit wettbewerbsverzerrenden Auswirkungen ausländischer Subventionen im Binnenmarkt befasst. Zudem werden Maßnahmen zur Behebung des Mangels an Gegenseitigkeit beim Zugang zum öffentlichen Beschaffungswesen in Drittländern angestrebt.
- > **Eine neue KMU-Strategie:** Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bilden das Rückgrat der europäischen Wirtschaft. Die EU-Kommission will diese Firmen und ihre Beschäftigten bei der doppelten Herausforderung aus der Klimaneutralität und Digitalisierung unterstützen. So soll ein hochrangiger KMU-Beauftragter der EU gemeinsam mit den Mitgliedstaaten den Dialog zwischen Wirtschaft und Politik weiter verbessern.
- > **Die Stärkung des EU-Binnenmarkts:** Der gemeinsame Binnenmarkt zählt zu den größten Errungenschaften Europas, dennoch können Unternehmen und Verbraucher den Nutzen häufig nicht umfassend ausschöpfen. Laut Schätzungen könnte die Beseitigung dieser Hindernisse bis 2030 eine zusätzliche Wertschöpfung von bis zu 713 Mrd. Euro bringen. Daher schlägt die EU-Kommission einen Aktionsplan zur besseren Umsetzung und Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften vor. Zudem wird unter anderem eine gemeinsame Arbeitsgruppe der Kommission und der Mitgliedstaaten eingerichtet, um bei der Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften noch enger zusammenzuarbeiten.

„Wir wollen eine Wirtschaft, die allen nützt, die grün ist und auf einem fairen Wettbewerb beruht“, sagte die Exekutiv-Vizepräsidentin für ein Europa für das digitale Zeitalter, Margrethe Vestager. Der für eine Wirtschaft im Dienste des Menschen zuständige Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis bekräftigte mit Blick auf die Digitalisierung und sich verändernde Geschäftsmodelle: „Wir müssen im Zentrum der neuen Wertschöpfungsketten stehen. Deshalb brauchen wir mehr Forschung und Innovation.“ (pr) >|

Die Strategie

Längere Lebensdauer und mehr Recycling

EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius hat einen neuen Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft vorgestellt. Er gilt als einer der wichtigsten Bausteine des Europäischen Grünen Deals und enthält Maßnahmen, die sich über den gesamten Lebenszyklus von Produkten erstrecken. Diese sollen länger nutzbar sein und leichter wiederverwendet, repariert und recycelt werden können. Weitere Ziele sind zudem weniger Verpackungen und die Vermeidung von Abfall. Der Aktionsplan der Kommission baut auf den EU-Initiativen seit 2015 auf und konzentriert die Gestaltung und Produktion von Produkten. Grundlegendes Ziel ist es, dass genutzte Ressourcen so lange wie möglich in der EU-Wirtschaft verbleiben.

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 19.03.2020 15.00–16.30 Uhr	„Wie geht es weiter mit unserer EU?“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europa-Union, VHS-Wiesbaden	VHS-Wiesbaden Alcide-De-Gasperi-Straße 4 65197 Wiesbaden	www.europatermine.de
> 19.03.2020 17.00–18.30 Uhr	„Drittes Plattformtreffen“ Networking Veranstalter: Europa-Abteilung Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa	EuropaPunktBremen Carl-Ronning-Straße 2 28195 Bremen	www.derbevollmaech- tigte.bremen.de/detail. php?gsid=bremen32b.c.22179. de&asl=bremen32b.c.13401.de
> 19.03.2020 18.00–21.00 Uhr	„Die Zukunft der EU. Realitäten, Erwartungen, Hoffnungen“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europäisches Informations-Zentrum und Friedrich-Ebert-Stiftung	Sprengel Museum Hannover Kurt-Schwitters-Platz 30169 Hannover	www.eiz-niedersachsen.de/ die-zukunft-der-eu-realitaeten- erwartungen-hoffnungen/
> 21.03.2020 10.00–16.00 Uhr	„Auf in die Welt – Deine Messe für Auslandsaufenthalte und Internationale Bildung“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Deutsche Stiftung Völkerverständigung	HanseMercur-Haus Siegfried-Wedells-Platz 1 20354 Hamburg	www.aufindiewelt.de/ messen/21032020-hamburg/
> 21.03.2020 10.00–16.00 Uhr	„Auf in die Welt – Deine Messe für Auslandsaufenthalte und Internationale Bildung“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Deutsche Stiftung Völkerverständigung	Bürgersaal Fürstenried Zürcher Straße 35 81476 München	www.aufindiewelt.de/ messen/21032020-muenchen/
> 24.03.2020 09.30–17.00 Uhr	„Das EU-Förderprogramm LIFE“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Stadt Nürnberg, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	Stadt Nürnberg Fünferplatz 2 90403 Nürnberg	www.nuernberg.de/internet/ eu_buero/aktuell_63851.html
> 25.03.2020 15.30–17.00 Uhr	„Europa Aktuell: Das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2020“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europäisches Informations-Zentrum Niedersachsen	Europäisches Informations-Zentrum (EIZ) Niedersachsen Aegidientorplatz 4 30159 Hannover	www.eiz-niedersachsen.de/ europa-aktuell-das-arbeits- programm-der-europaeischen- kommission-2020/
> 25.03.2020 17.00–18.30 Uhr	„Unabhängigkeit! Separatisten verändern Europa?!“ Vortrag Veranstalter: Europäisches Integrationszentrum Rostock e. V.	Europäisches Integrationszentrum Rostock e. V. Mühlenstraße 9 18055 Rostock	www.europatermine.de
> 27.03.2020 19.00–21.00 Uhr	„Afrika und Europa. Partnerschaft in Wartestellung?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europe Direct Informationszentrum Stuttgart	Hospitalhof Stuttgart Büchsenstraße 33 70174 Stuttgart	www.europe-direct-stuttgart. de/
> 31.03.2020 17.00–19.00 Uhr	„Norwegen: (Noch) kein EU-Mitglied – aber kann es eins werden?“ Vortrag Veranstalter: Europa-Union-Deutschland, Wiesbaden/Rheingau-Taunus	Vortragssaal der HLZ im Gebäude der Hessischen Staatskanzlei Tausstraße 4–6 65183 Wiesbaden	www.europatermine.de

> Wegen der Ausbreitung des Coronavirus werden derzeit viele Veranstaltungen kurzfristig abgesagt. Im Zweifel informieren Sie sich bitte beim Veranstalter. Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2020

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bertha-von-Bentheim-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



© Europäische Kommission, 2020

WIFI4EU

Gemeinden können EU-Förderung beantragen

Am Dienstag, den 17. März um 13 Uhr wird die EU-Kommission eine neue Ausschreibung für WiFi4EU starten, an der sich Gemeinden in der ganzen EU beteiligen können. Bis zum 18. März 2020 um 17 Uhr können die Kommunen 947 Gutscheine im Wert von je 15.000 Euro beantragen, mit denen sie kostenlose Wi-Fi-Netze in öffentlichen Räumen wie beispielsweise Rathäusern, öffentlichen Bibliotheken, Museen, öffentlichen Parks oder Plätzen einrichten können.



Insgesamt stehen bei diesem vierten und letzten Aufruf im Rahmen der WiFi4EU-Initiative 14,2 Mio. Euro zur Verfügung. Bei der dritten Ausschreibung im September vergangenen Jahres wurden in den ersten zwei Sekunden 1.780 Gutscheine verteilt.

■ [Zum WiFi4EU-Portal](#)

COVID-19

Passagierrechte bei annullierten Reisen

Reisende in der EU haben umfangreiche Rechte – zu „normalen“ Zeiten. Müssen Flug- oder Schiffsreisen aber im Falle „höherer Gewalt“ von den Anbietern abgesagt werden, dann sind diese von ihrer Entschädigungspflicht befreit. Die Ausbreitung von SARS-CoV-2 ist nach den Worten von EU-Verkehrskommissarin Adina-Ioana Valean ein solcher Fall. So können etwa Fluggesellschaften Flüge in besonders betroffene Regionen zwei Wochen vor Abflug annullieren, ohne dass eine Ausgleichszahlung fällig wird. Die Verpflichtung, den Ticketpreis zu erstatten, besteht aber weiter.



Die EU-Kommission hat Antworten auf die gängigsten Fragen von Flug-, Bahn-, Bus- und Schiffsreisenden in Zusammenhang mit der Virus-Epidemie zusammengestellt. Diese sind auf Englisch abrufbar.

■ [Fragen und Antworten zu Passagierrechten](#)

NACHHALTIGE MOBILITÄT

2021 soll das Europäische Jahr der Schiene sein

Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, 2021 zum Europäischen Jahr der Schiene zu erklären. Mit Veranstaltungen, Kampagnen und Initiativen soll Werbung für die Schiene als nachhaltiger, innovativer und sicherer Verkehrsträger gemacht werden. Dieses Europäische Jahr soll helfen, die Ziele des europäischen Grünen Deals im Verkehrssektor zu erreichen. Ein Viertel der Treibhausgasemissionen in der EU werden derzeit durch den Verkehr verursacht. Das Europäische Jahr der Schiene wird zu einer rascheren Modernisierung der Eisenbahn beitragen. Dies ist notwendig, um die Bahn als Alternative zu weniger nachhaltigen Verkehrsträgern attraktiver zu machen.

2021 wird das erste volle Jahr sein, in dem die im Rahmen des vierten Eisenbahnpakets beschlossenen Vorschriften in der gesamten EU umgesetzt werden. Auch stehen 2021 für die Eisenbahn eine Reihe wichtiger Jubiläen an:

20. Jahrestag der ersten EU-Richtlinie über einen Verkehrsbinnenmarkt, 100. Jahrestag der Gründung des Internationalen Eisenbahnverbands (UIC), 175-jähriges Bestehen der ersten Eisenbahnverbindung zwischen zwei EU-Hauptstädten (Paris–Brüssel) sowie 40 Jahre TGV, 30 Jahre ICE und nicht zuletzt 25 Jahre Eurostar und Kanaltunnel.

■ [Europäisches Jahr der Schiene](#)



EU-AUSSCHREIBUNG

Studie über Urheberrecht und Künstliche Intelligenz

Die Europäische Kommission hat eine Studie über die Chancen und Risiken bei der Nutzung Künstlicher Intelligenz durch die Kreativwirtschaft in Europa ausgeschrieben. Zwei Themen stehen dabei im Vordergrund: die Erhebung von Daten, die dem Urheberrecht unterliegen, und die Verwertung dieser Daten durch die Kreativwirtschaft mittels Künstlicher Intelligenz. Die Studie soll die wirtschaftlichen Auswirkungen der aktuellen Probleme bei der Datenerhebung benennen und einordnen. Untersucht wird, wie neue Technologien dazu beitragen können, die Effizienz und Transparenz bei der Lizenzierung von Inhalten und der Verwaltung von Verwertungsrechten zu verbessern.

Darüber hinaus soll die Studie erarbeiten, welche Probleme es zum einen im Zusammenhang mit urheberrechtsgeschützten Inhalten bei der Verwertung durch KI gibt und zum anderen bei kulturellen Leistungen, die durch Künstliche Intelligenz oder unterstützend durch sie erbracht werden. Die Einreichungsfrist läuft bis zum 3. April 2020.

■ [Zur Ausschreibung](#)